

## **Klimaschutz muss kommunale Pflichtaufgabe werden. Omas for Future überreichen mehr als 1.400 Unterschriften an Umweltministerin Katrin Eder**

Am 15. August 2023 haben Mitglieder der Omas for Future Bad Kreuznach, unterstützt von Edit Heller von MainzZero und den Parents4Future Mainz, mehr als 1.400 Unterschriften für die Verankerung von Klimaschutz als kommunale Pflichtaufgabe in Mainz überreicht. Umweltministerin Katrin Eder empfing die fünfköpfige Delegation und nahm die Unterschriften stellvertretend für die Landesregierung Rheinland-Pfalz in Empfang. Erfreut zeigten sich die Klimaaktivisten, dass sich die Ministerin über eine Stunde Zeit zum Austausch von Argumenten, Gedanken und Ideen nahm. Am Ende war man sich zwar einig in den Zielen, nicht aber über den Weg dahin.

Bereits im September 2021 hatte „MainzZero - Klimaentscheid Mainz“ einen offenen Brief an die Landesregierung gerichtet. Sie wurde darin aufgefordert, Klimaschutz als kommunale Pflichtaufgabe gesetzlich zu verankern. Unterstützt wurde dieser Brief von einer Vielzahl von Organisationen und Einzelpersonen vor allem aus dem Umwelt- und Klimabereich als Erstunterzeichner. Kernpunkt des offenen Briefes war die Aufforderung an die rheinland-pfälzische Landesregierung, dass „...Klimaschutz in Rheinland-Pfalz zur kommunalen Pflichtaufgabe werden (muss). Diese kommunale Pflichtaufgabe wird jedoch nur dann wirksam, wenn Aufgabenfelder, Ziele und Ressourcen der Kommunen klar umrissen und abgegrenzt sind.“ In Ihrem Antwortschreiben vom 20. November 2021 hatte die Landesregierung geantwortet, dass sie die Einschätzung von MainzZero teile, dass die Begrenzung des Klimawandels schnelles und konsequentes Handeln auf allen Ebenen erfordere. Und weiter: „Allerdings haben wir einen anderen Weg als die kommunale Pflichtaufgabe gewählt.“

Genau hier sehen die Initiatoren der Unterschriftensammlung den Dissens: „Die Landesregierung setzt primär auf ein kommunales Klimaschutz-Pflichtbewusstsein durch den auf den Weg gebrachten „Kommunalen Klimapakt“, sowie das „Kommunale Investitionsprogramm Klimaschutz und Innovation“ (KIPKI). Beides baut allein auf Freiwilligkeit und Einsicht der Kommunen. Wir fordern demgegenüber verbindliche Strukturen als gesetzlich verankerte, kommunale Pflichtaufgabe. In dem Wissen, dass die Klimakrise und deren Bewältigung unsere Gesellschaft Jahrzehnte beschäftigen wird, dass die Umsetzung vieler Maßnahmen zur Bewältigung der Klimakrise bei Städten und Gemeinden liegt, sollen diesen strukturell klare Zuständigkeiten, Personal und Eigenmittel über den Landeshaushalt zur Verfügung gestellt werden“ erläutert Klaus Philipp von den ‚Omas for Future Bad Kreuznach‘. „Eine Förderung von Innovationsprojekten mittels Förderprogrammen der EU, des Bundes und der Länder soll durchaus bestehen bleiben“ ergänzt er.

### **Starke Basis für Forderungen**

Mit ihrer Forderung sind sie nicht allein: Auch das Klima-Bündnis, das von Deutsche Umwelthilfe, GermanZero, Klima Allianz Deutschland, WWF, Germanwatch, Städtetag Baden-Württemberg und IKEM (Institut für Klimaschutz, Energie und Mobilität) mitgetragen wird, fordert die Verankerung des Klimaschutzes als kommunale Pflichtaufgabe. Bereits mehr als 30 Kommunen aus Rheinland-Pfalz gehören diesem bundesweiten Bündnis an. Parallel dazu beinhalten aktuell die von der Bundesregierung in der Novelle des Gebäudeenergiegesetzes geplante Einführung der flächendeckenden kommunalen Wärmeplanung und das geplante Klimaanpassungsgesetz eine solche Ergänzung kommunaler Pflichtaufgaben. Wegen des „Durchgriffsverbots“ des Grundgesetzes werden diese vom Bund nicht direkt auf die Kommunen, sondern zunächst auf die Bundesländer übertragen.

Vor allem die Bereiche Energie- und Wärmeversorgung, Sanierung von Gebäuden, Verkehrswende mit dem Ausbau des öffentlichen Personenverkehrs, Fußgänger- und Fahrradinfrastruktur sowie Klimabildung, -beratung und -information, aber auch Klimaanpassungsmaßnahmen wie Hitzeschutz, Entsiegelung von Flächen, Schaffen von Wasserrückhaltungsmöglichkeiten oder Stadt- bzw. Ortsbegrünung werden von den Kommunen große Anstrengungen abverlangen. Sie dafür personell und hinsichtlich ihrer Investitionsmöglichkeiten durch eine gesetzliche Festschreibung so auszustatten, dass diese Aufgaben tatsächlich und vollumfänglich wahrgenommen werden können, wünschen sich Klaus Phillip und seine Mitstreiter. Diese Möglichkeit sei mit dem heutigen Vorgehen der Landesregierung nur bedingt gegeben und eben nicht verpflichtend. Sie blieben aktuell weiterhin freiwillige Aufgaben der Kommunen, die jederzeit bearbeitet oder auch liegen gelassen werden könnten.

Die Hoffnung aufgegeben hat Klaus Philipp noch nicht: „Wenn viele Mitbürgerinnen und Mitbürger sowie Initiativen und Organisationen unsere Forderung unterstützen, hoffe ich, dass die Landesregierung ihr Vorgehen überdenkt und verbindliche Strukturen für diese generationenübergreifende Herausforderung schafft.“